



Verordnung

des Gemeinderates der Stadtgemeinde Straßburg vom 28.03.2017, Zahl 004-3/2017/1-Ho/R,
Verordnung des Gemeinderates der Stadtgemeinde Straßburg vom 28. März 2017, Zahl: 0004-
3/2017/1-ho/R, mit der die Entschädigung der Mitglieder des Gemeinderates, Stadtrates und der
Ausschüsse der festgelegt wird

Gemäß

§ 29 Abs. 2 u. 3 K-AGO

§1

Sitzungsgeld

(1) Den Mitgliedern des Gemeinderates, des Stadtrates und der Ausschüsse der Stadtgemeinde Straßburg gebührt, soweit sie nicht Anspruch auf einen Bezug nach § 29 Abs. 4 - 6 K-AGO oder als Bürgermeister haben, für jede Sitzung, an der sie als Mitglied (Ersatzmitglied) teilgenommen haben, ein Sitzungsgeld.

(2) Wird ein Mitglied des Gemeinderates in ein und derselben Sitzung durch ein oder in zeitlicher Abfolge mehrere Ersatzmitglieder des Gemeinderates - bei Ausschusssitzungen auch durch ein oder in zeitlicher Abfolge mehrere Mitglieder des Gemeinderates - vertreten, so gebührt das Sitzungsgeld nur für ein einziges an der Sitzung teilnehmendes Mitglied (Ersatzmitglied). Die Aufteilung hat durch die in Betracht kommende Gemeinderatspartei zu erfolgen.

§2

Höhe des Sitzungsgeldes

Das Sitzungsgeld wird pro Sitzung mit 170,-- Euro festgesetzt.

§3

Inkrafttreten

(1) Diese Verordnung tritt mit 01 .04.2017 in Kraft.

(2) Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung tritt die Verordnung des Gemeinderates der Stadtgemeinde Straßburg vom 18.07.2005, Zahl: 010-5/2005-ho, außer Kraft.

Der/die Bürgermeister/in
Franz Pirolt

